

Mutig sein!

Ostern steht vor der Tür – und damit auch die erste, im Vergleich zu Weihnachten allerdings bescheidene, Spendenzeit des Jahres. Immer mehr soziale, gemeinnützige Einrichtungen jenseits des typischen Spendensektors sind auf diese freiwilligen Gaben angewiesen. Ja sogar staatliche Stellen bitten inzwischen für originäre gesetzliche Aufgaben zusätzlich zu ihrem steuerfinanzierten Budget um private Spenden; so erst jüngst der Berliner Bezirk Pankow zugunsten der gesetzlich geregelten Instandhaltung von Kinderspielplätzen.

Das Spendenaufkommen kommt mit dem zunehmenden Bedarf allerdings nicht mit. Gerade mal Platz 27 von 135 untersuchten Ländern weist der World Giving Index 2013 den Deutschen beim Geld spenden zu. Nur 47 Prozent der Deutschen spenden, im Unterschied etwa zu 54 Prozent der Chilenen, 69 Prozent der Niederländer und 76 Prozent der Briten. Wie ist das zu erklären?!

Am mangelnden Wohlstand kann es – im Ganzen betrachtet – wohl kaum liegen, wenn man auf die Wirtschaftsentwicklung in den vergangenen Jahren schaut. Es scheinen eher „weiche“ Faktoren zu sein, die mehr als die Hälfte der Bevölkerung am Spenden hindern. Verfolgt man so manche Leserbriefdebatte oder Kommentare zu Spendenthemen im Internet, so ergibt sich fast der Eindruck, als seien diejenigen, die noch spenden, geradezu die „Dummen“. Zu sehr hat sich der negative Mythos angeblich nicht ankommender Gelder oder vermeintlich zu hoher Verwaltungskosten bei einem Großteil der Menschen festgesetzt – trotz immer transparenterer Jahresberichte vieler Organisationen oder vertrauenswürdiger Entscheidungshilfen wie etwa dem DZI Spenden-Siegel.

„Mutig ist, zu geben, wenn *alle* nehmen!“ Dieses kraftvolle, provokative Motto hält die Fastenaktion des katholischen Hilfswerks Misereor der Spendenskepsis vieler Menschen entgegen – und wohl auch den Steuerhinterziehern unserer Tage. Ja, fast gehört heute Mut dazu, großzügig zu sein und einem anderen sein Geld anzuvertrauen, um damit Gutes zu tun.

Burkhard Wilke
wilke@dzi.de

Das erste Büro entstand in der Privatwohnung von *Heinrich Weber* in der zentral gelegenen Salzstraße. Dank des tatkräftigen Einsatzes von *Heinrich Weber* hatte der Diözesan-Verband im Oktober 1918 bereits 2 239 Mitglieder, darunter 359 Pfarreien. Mit der Werbung war Öffentlichkeitsarbeit verbunden. Zu ihrer Information erhielten die Mitglieder die Zeitschrift „Caritas“ oder die „Caritasstimmen“. Gleichzeitig setzte eine intensive schriftliche Beratungstätigkeit ein. Das Korrespondenzbuch wies am Jahresende 650 Briefe auf, „ein Resultat, das den besten Beweis für das stets wachsende Bekanntwerden des jungen Verbandes“ bot (*Weber* 1919, S. 5). Noch im Jahr 1917 brachte Weber einen kommentierten, nach Klientengruppen gegliederten 48-seitigen „Wegweiser durch die Wohlfahrtseinrichtungen der Stadt Münster“ heraus (*Weber* 1917).

Seit 1916 studierte der Theologe *Weber* im Zweitstudium Volkswirtschaft an der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Münster. Ferner lehrte er an der 1917 neu gegründeten Wohlfahrtsschule in Münster (*Universitätsarchiv Münster* 1919), einer Vorgängereinrichtung der heutigen Katholischen Fachhochschule, selbst Volkswirtschaftslehre und Wohlfahrtslehre. Zudem war er publizistisch in der Tagespresse und in caritativen Fachzeitschriften tätig.

2 Politische und soziale Situation nach dem Ersten Weltkrieg | Das chaotische Ende des Ersten Weltkrieges und die Revolution von 1918/19 stellten die Caritas vor neue Herausforderungen. Entgegen den Erwartungen konnten die Sozialdemokraten bei den Wahlen zur verfassungsgebenden Nationalversammlung und später zum Reichstag nicht die absolute Mehrheit gewinnen. Es kam zur Weimarer Koalition von SPD, Zentrum und Deutscher Demokratischer Partei, das heißt zur politischen Zusammenarbeit von Sozialdemokratie, katholisch-christlicher Sozialpolitik und demokratischem Wirtschaftsliberalismus. Diese drei Parteien einigten sich auf den Wohlfahrts- beziehungsweise Volksstaat, ein Begriff, den der liberale Verfassungsrechtler *Hugo Preuß* (1926, S. 365-368) zur Abgrenzung vom vorausgegangenen Obrigkeitsstaat einführte.

Bildungs- und Sozialpolitik erfuhren nach dem Ersten Weltkrieg trotz der äußerst schwierigen politischen und wirtschaftlichen Situation einen Auf-